

STOPP: JETZT REDEN WIR!

Ein Legislatives Theaterprojekt mit jungen Erwachsenen
im Rahmen des EU-Social-Experimentation-Projekts „ALEN“

VORSCHLÄGE, ANLIEGEN UND FORDERUNGEN AUS DER SICHT DER PROJEKTMITWIRKENDEN UND DES PUBLIKUMS



STOPP: JETZT REDEN WIR!

Ein Legitives Theaterprojekt mit jungen Erwachsenen
im Rahmen des EU-Social-Experimentation-Projekts „ALLEN“

VORSCHLÄGE, ANLIEGEN UND FORDERUNGEN AUS DER SICHT DER PROJEKTMITWIRKENDEN UND DES PUBLIKUMS

*Nach den Aufführungen des Forumtheaterstücks
„Jung, pleite, abgestempelt – sucht das gute Leben“:*

Theater im Keller, Graz 19., 20., 22., 23. 6. 2012

Stadtteilzentrum Triesterstraße, Graz 26.6. 2012

BG Dreihackengasse, Graz 3.7. 2012

Akademisches Gymnasium, Graz 8.11. 2012

Volkshilfe Steiermark, Bezirksverein Graz, Graz 9.11. 2012

Kulturhalle Eibiswald 15.11. 2012

Caritas-Tagwerk, Graz 16.11. 2012

HTL Bulme Graz-Gösting 27.11. 2012

Afro-Asiatisches Institut Graz/BerufsschulssprecherInnenntreffen 5.12.2012

Land Steiermark/Referat Jugend, Graz 10.12.2012

Caritas Akademie, Graz 20.12.2012

Stand 07.01. 2013

INTERACT

**INTERACT –
DIE WERKSTATT FÜR THEATER UND SOZIOKULTUR**

NEUBAUGASSE 94 / A-8020 GRAZ

PHONE FAX: +43 / (0)316 / 72 09 35

MOBILE: +43 / (0)650 / 72 09 35 0

MAIL: OFFICE@INTERACT-ONLINE.ORG

WEB: WWW.INTERACT-ONLINE.ORG

LEITENDE FRAGEN

Was muss unbedingt getan werden, was muss dringend verändert werden, damit Jugendliche und junge Erwachsene – gerade dann, wenn sie schwierige Ausgangsbedingungen haben – ihren Platz in der Gesellschaft finden und ein gutes Leben führen können?

Was braucht es, damit Jugendliche und junge Erwachsene die gesellschaftlichen Herausforderungen und Hürden gut bewältigen und sich mit ihren Erfahrungen und Talenten in die Gesellschaft einbringen und diese mit gestalten können?

INHALT

VORBEMERKUNGEN	3
ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN	5
Themenbereich Gesellschaft und Generationen	6
Themenbereich Jugendarbeit und Jugendpolitik	10
MAX	12
Themenbereich Elternhaus	14
Themenbereich Öffentlicher Raum	15
Themenbereich Sozialpolitik	16
BENNIE	18
Themenbereich Schule und Ausbildung	20
Themenbereich Psychopharmaka, Sucht und Gesundheit	25
BELLA	26
Themenbereich AMS: Beratung, Kurse und Praktika	28
Themenbereich Lehre	32
Themenbereich Bekämpfung der Armut bei Lehrlingen	34

VORBEMERKUNGEN

Zur Idee von „Stopp: jetzt reden wir!“

„Stopp jetzt reden wir!“ ist ein partizipatives Forum- und Legislatives Theaterprojekt, das im Rahmen des von der EU cofinanzierten transnationalen Projekts *ALEN (=Adult Life Entry Network: Empowerment and Activation of Young People in Disadvantaged Situations)* mit armutserfahrenen jungen Erwachsenen realisiert wird. Gemeinsam mit Projekten in Serbien, Kroatien und Ungarn will es zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber sozial benachteiligten Jugendlichen beigetragen und offensichtliche, wenngleich nichtsdestotrotz oft auch unsichtbare Hürden und Herausforderungen aktiver Inklusion von jungen Erwachsenen in sozial benachteiligten Lebenslagen bewusst machen. Unter Einbeziehung partizipativer Theatermethoden werden Vorschläge und Maßnahmen zur Bekämpfung/Vermeidung von Armut bzw. zur aktiven und erfolgreichen Inklusion von Jugendlichen in benachteiligten Lebenslagen entwickelt und diese mit dafür verantwortlichen EntscheidungsträgerInnen diskutiert. Damit wird auch ein demokratiepolitischer Beitrag zu mehr Dialog und Teilhabe und zur Überwindung der Kluft zwischen konkreten Realitäten und der Perspektive der politischen Verantwortlichen auf diese, geleistet.

Die DarstellerInnen – junge Erwachsene – wissen, wovon sie reden!

Nach einem Kick-Off-Workshop am 7. Februar 2012 in Graz, an dem VertreterInnen von Jugendprojekten und -initiativen, Behörden und Politik teilnahmen, wurden junge Erwachsene mit Ausgrenzungs- und Armutserfahrungen zu einem mehrtägigen Theaterworkshop im April eingeladen. Gemeinsam wurden dabei die für die teilnehmenden Jugendlichen relevanten Themen und Anliegen mittels künstlerischer Formen zum Ausdruck gebracht.

Auf dieser Grundlage hat sich das Projektteam in der Folge in vielfältigen szenischen Improvisationen mit den eigenen Erfahrungen von Familie, Schule, Ausbildung, Arbeitswelt, und Gesellschaft auseinandergesetzt und sich dabei auf Hürden, Barrieren und Konflikte konzentriert.

In einem intensiven Proben-, Recherche- und Erarbeitungsprozess wurde in den Monaten April, Mai und Juni das Forumtheaterstück „jung.pleite.abgestempelt. ... sucht: das gute Leben“ entwickelt, das ästhetisch verdichtete Momente und Situationen aus dem Lebensalltag der Jugendlichen und damit verbundene Herausforderungen und Krisen enthält.

Das Forumtheaterstück beruht auf erlebten und erfahrenen Situationen, die zeigen, auf welche Hindernisse und Herausforderungen junge Erwachsene bei

VORBEMERKUNGEN

ihrem Wunsch stoßen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und ihre Träume, Bedürfnisse und Interessen nach einem in ihrem Sinn besseren Leben zu verwirklichen.

Das Forumtheaterstück zeigt konkrete Erfahrungen, die in den Statistiken oft unsichtbar bleiben und vermittelt die Realität aus der Perspektive der Betroffenen. Die DarstellerInnen wissen, wovon sie reden: Sie sind zwischen 18 und 25 Jahre alt, haben es – aus welchen Gründen auch immer – noch nicht geschafft, ihren Platz in der Gesellschaft, beziehungsweise eine passende Arbeit zu finden, haben Erfahrungen mit Vorurteilen und Diskriminierung und fühlen sich mit ihren Ideen und Anliegen oft nicht ernst genommen. Nun erheben sie ihre Stimmen und arbeiten gemeinsam daran, an der für sie unbefriedigenden Situation etwas zu verändern und neue Perspektiven zu entwickeln.

Wie kam es zu den Vorschlägen und Forderungen?

In bislang 14 interaktiven Aufführungen, die in öffentlichen Theatern, in Schulen und bei KooperationspartnerInnen stattfanden und an denen insgesamt rund 600 Menschen teilnahmen, wurde – wie beim Forumtheater üblich – gemeinsam mit dem Publikum nach Lösungen für die im Stück gezeigten Herausforderungen gesucht. Das Publikum war aufgefordert, sich am Spielgeschehen mit seinen Ideen zu beteiligen und in sogenannten „Einstiegen“ Lösungsvorschläge unmittelbar auf der Bühne zu realisieren und in ihrer Wirkung erfahrbar zu machen.

Das Publikum diskutierte dabei auch über mögliche bzw. notwendige Änderungen der politischen Rahmenbedingungen und formulierte im Zuge der Aufführungen zentrale Ideen, Anliegen und Vorschläge.

Alle Einstiege und Vorschläge wurden gesammelt, dokumentiert und zunächst innerhalb der Projektgruppen mit den beteiligten jungen Erwachsenen reflektiert. Im Rahmen von Netzwerktreffen und über elektronische Medien wurde diese auch mit bzw. von KooperationspartnerInnen und ExpertInnen diskutiert. Die wichtigsten Ergebnisse dieses partizipativen Prozesses wurden schließlich in die vorliegende Form gebracht und werden bei zukünftigen Aufführungen und Workshops mit Stakeholdern und EntscheidungsträgerInnen in Bezug auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert.

ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN



ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN

THEMENBEREICH GESELLSCHAFT UND GENERATIONEN

Zuhören – Bedürfnisse und Ziele ernst nehmen

Es ist wichtig, jungen Menschen wirklich zuzuhören und sie mit ihren Anliegen, Bedürfnissen, Zielen und vor allem Fähigkeiten ernst zu nehmen; das betrifft auch die Ausbildungs- und Berufswahlentscheidung, d.h. man soll nicht für andere etwas werden müssen oder für andere einen Beruf ergreifen müssen, Berufswünsche müssen ernst genommen werden. Dabei ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche schon früh lernen, ihre Ziele und Bedürfnisse zum Ausdruck zu bringen und zu formulieren und Rahmenbedingungen in Familie, Schule, Gesellschaft, Arbeitswelt und Politik so zu gestalten, dass die Bedürfnisse und Ziele ernstgenommen werden können.

Nach passenden Lösungen suchen, auch wenn das mehr Zeit braucht

Es gibt keine Standardzeit für Entwicklung und Veränderung, Entwicklungsverläufe sind individuell und sehr unterschiedlich. Deshalb ist es wichtig, den Jugendlichen ihre individuelle Zeit zu lassen und ihnen Raum zu geben, statt über sie „drüberzufahren“ – oft brauchen sie unterschiedlich lange. Jugendliche brauchen jedoch nicht nur Zeit und Raum, sondern auch die Gewissheit, dass schlussendlich, egal was passiert, immer noch jemand für sie da ist. Sie brauchen Orte, wo sie als Persönlichkeiten und als Suchende akzeptiert und wertgeschätzt werden und ihnen Gespräch und Beratung angeboten wird. Alle jungen Menschen sollten die Möglichkeit haben, MentorInnen zu wählen, nötigenfalls Personen mit Rechtskenntnissen, die für sie eine Art Anwaltschaft wahrnehmen können.

Fehler machen dürfen und die Möglichkeit haben, daraus zu lernen

Es ist wichtig, Fehler machen zu dürfen und auch die Möglichkeit zu haben, daraus zu lernen. Es darf nicht sein, dass man gleich als „Abfall“ der Gesellschaft gesehen wird, wenn man etwas nicht geschafft hat. Es geht um die Erlaubnis, scheitern zu dürfen, und zu verstehen, dass unterschiedliche Menschen-Wege-Lösungen möglich sind.

ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN

Weniger Vorurteile gegenüber Jugendlichen

Jugendliche wollen nicht alle in einen Topf geworfen werden und nicht vorweg verurteilt werden. Gerade den Medien obliegt dabei eine besondere Verantwortung.

Dialogmöglichkeiten zwischen den Generationen entwickeln

Es geht um einen möglichst konstruktiven Dialog, um das Üben von Toleranz und um einen möglichst offenen Umgang miteinander und nicht darum, sich anzuschreien oder angeschrien zu werden.

Dazu werden Räume benötigt, die nicht von vornherein konfliktbehaftet sind und wo eine konfliktfreie Begegnung möglich ist. Für öffentliche Räume müssten/ könnten Vereinbarungen getroffen werden, aber auch Generationenübergreifendes Wohnen sollte mehr realisiert werden.

Junge Menschen sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft: Das soll ihnen auch vermittelt werden!

Kinder und Jugendliche erleben sehr oft, dass sie abgewertet und herabgewürdigt werden. Dagegen ist es aber wichtig, Kindern von klein auf zu vermitteln, dass sie gebraucht werden, dass sie wertvoll und wichtig sind: Kindern und Jugendlichen sollen Raum und Möglichkeiten gegeben werden, ihr Selbstbewusstsein aufbauen zu können. Dies müsste auch in Kindergarten und Schule berücksichtigt werden, wofür es entsprechende Rahmenbedingungen und Methoden braucht, aber auch eine Umgebung, in welcher sich Kinder und Jugendliche gut aufgehoben fühlen. Dadurch kann es zu mehr sozialem Engagement und zu Zivilcourage in der Gesellschaft kommen. Die Gesellschaft muss sich bewusst werden, wie sie mit Kindern und Jugendlichen und auch mit sich selber umgeht.

Und: Nicht nur junge Menschen sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft, sondern alle Menschen!

ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN

Gute pädagogische und psychologische Ausbildung und Schulung für alle, die kontinuierlich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten – bessere Unterstützung und Rahmenbedingungen

Egal ob LehrerInnen, LehrmeisterInnen in Betrieben, das Personal beim AMS oder aber andere Personengruppen, die in Beratungs-, Betreuungs-, und Ausbildungsfeldern kontinuierlich und professionell mit Jugendlichen oder jungen Erwachsene zu tun haben: sie alle brauchen eine gute pädagogisch-psychologische Ausbildung, persönliche wie soziale Kompetenzen sowie entsprechende innere Haltungen im Umgang mit jungen Menschen.

Das setzt voraus, dass es für Menschen, die in einer pädagogischen Beziehung zu Kindern und Jugendlichen stehen, ebenfalls Unterstützungsangebote gibt, um einer Überforderung und der Gefahr von eskalierenden Situationen entgegenzuwirken. Das bedeutet aber oft auch, an den Rahmenbedingungen anzusetzen, damit es gar nicht zu einer Überforderung kommen kann (z.B. kleinere SchülerInnenzahlen in den Klassen, bessere Ausbildung für die Personen, Supervision etc.) und Lehr- bzw. Sozialberufe insgesamt aufzuwerten.

Es braucht einen Wertewandel in der Gesellschaft: Mehr soziales Denken und ein Überdenken des derzeitigen Arbeits- und Wirtschaftssystems

Auch wenn es dabei um sehr langfristige Ziele geht, so soll doch – gemeinsam mit jungen Menschen – über Alternativen zum derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nachgedacht werden, in dem Geld eine zu dominante Rolle einnimmt. Gerade die sozialen Werte einer Gesellschaft sollen auch die Form des Wirtschaftssystems beeinflussen. In diesem Sinne wären z.B. bislang unbezahlte Arbeiten (wie Haushalts-, Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit sowie ehrenamtliche Tätigkeiten, soziales und politisches Engagement), die für ein gutes Zusammenleben unerlässlich sind, aufzuwerten und bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter neu zu verteilen und dafür zu sorgen, dass alle von ihrer Arbeit auch leben können.

Dies erfordert neue Modelle der Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik und der Einkommenssicherung, so braucht es beispielsweise für eine neue gesellschaftliche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit die Verkürzung der Normalarbeitszeit bei gleichzeitiger Einkommenssicherung.

Die zahlreichen Tätigkeiten und Kompetenzen, die heute als wirtschaftlich nicht verwertbar gelten, aber gesellschaftlich hochnotwendig sind, müssen auf neue und über bloße Symbolik hinausgehende Weise Anerkennung finden, z.B. im Hinblick auf Pensionsansprüche oder Bezügen von Arbeitslosenunterstützung. Damit dieser soziale Wandel in Gang kommt, müssen Initiativen, in denen diese Werte gelebt und von wo sie aus weiter getragen werden, unterstützt werden.

ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN

Weitere Ideen:

- Hilfe zur Selbsthilfe: Helfen, ohne hilflos zu machen
- „Niedere Tätigkeiten“ besser bezahlen
- Bedeutung von Freundschaft, Solidarität, Zivilcourage stärken
- Genderthematik: Rollenstereotype und Schönheitsideale hinterfragen – Räume schaffen, wo Mädchen unter Mädchen und Burschen unter Burschen sein können
- Stärken forcieren – Akzeptanz von unterschiedlichen Stärken
- Freier Zugang zu Kunst und Kultur: aber nicht nur konsumieren, sondern auch aktiv, selbst Kunst und Kultur ausüben. Dies sollte auch dann möglich sein, wenn es durch den familiären Hintergrund nicht unterstützt wird. Dadurch bestehen Möglichkeiten der Grenzüberschreitung (etwa durch Sprachbildung)
- Kritischer Umgang mit Medien: Nutzen-Gestalten-Gebrauchen statt konsumieren; von der Werbung erzeugte Konsumbedürfnisse kritisch hinterfragen

ANLIEGEN, WÜNSCHE UND VORSCHLÄGE DIE ALLE SZENEN BETREFFEN

THEMENBEREICH *JUGENDARBEIT UND JUGENDPOLITIK*

Keine Kürzungen in Jugendpolitik und Jugendarbeit!

Mehr Unterstützung für Jugendliche, mehr Projekte (wie das Projekt „Stopp: jetzt reden wir“), die Probleme der Jugendlichen aufzeigen und diese selbst an der Lösungssuche beteiligt werden.

Ausreichend Angebote für Jugendliche bereitstellen (Jugendzentren, Jugendräume, Veranstaltungen) sowie Freiräume und Gestaltungsräume (Sport, Musik, Kreativkurse)

Es braucht gute Angebote mit gut ausgebildeten MitarbeiterInnen, die eine professionelle Begleitung von Jugendlichen gewährleisten können, gerade wenn um Teilhabe- und NutzerInnenkonflikte in einem sozialräumlichen oder interkulturellen Kontext geht.

Mehr Teilhabe und Mitbestimmung

Ganz generell soll Jugendlichen mehr Möglichkeit zur Teilhabe und Mitbestimmung (und auch zur teilweisen Selbstverwaltung) gegeben werden, das fördert das Verantwortungsgefühl und die soziale Kompetenz aller Beteiligten.

Egal ob in Schule, Ausbildung, Beruf, Freizeit oder Politik: es braucht mehr Mitspracherechte und -möglichkeiten von Jugendlichen. So ist gerade in der Jugendarbeit, etwa in den Jugendzentren, Mitsprache sehr wichtig, d.h., man wird gefragt, was man möchte und dann wird geschaut, was möglich ist.

Aber auch dort, wo es um Jugend- und Sozialpolitik geht, braucht es Möglichkeiten der Mitsprache und Beteiligung für alle! Arbeitslosigkeit und/oder jugendliches Alter dürfen kein Ausschließungsgrund sein. Es ist nicht okay, dass jemand nicht mitreden kann oder soll, nur weil jemand jung ist oder zum Beispiel keinen Job hat.

Kinder und Jugendliche über ihre Rechte informieren

Kinder und Jugendliche sollen umfassend über ihre Rechte informiert werden. Dazu zählen Informationen über soziale Rechte und Jugendschutz-Bestimmungen, aber teilweise auch strafrechtliches Wissen, z.B. im Hinblick auf BeamtInnen-beleidigung bei der Polizei (Du-Wort).

Kinder- und Jugendrechte sind wichtig und die Aufklärung darüber hat auch eine Schutzfunktion. Kinder sagen oft nicht, dass sie jeden Tag zu Hause geschlagen werden. Sie wissen nicht, dass Gewalt in der Familie verboten ist und daher alles andere als ok ist.

Die Jugendlichen sollen auch über Pflichten informiert werden. Allerdings sollte dies positiv kommuniziert werden (kein „Du musst“), damit deutlich wird, dass es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, etwa auch dadurch, dass das Wahlrecht ausgeübt wird.

Selbstverantwortung stärken

Es ist wichtig, das Gefühl für Selbstverantwortung zu ermöglichen und zu fördern. Wünsche nach Selbstbestimmung und Gestaltungsfreiheit müssen ernst genommen werden, egal ob es um Menschen mit Behinderungen, Menschen in überbehüteten/vernachlässigten Verhältnissen oder jungen Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten geht. Zur Stärkung von Selbstverantwortung braucht es eine Vielzahl an Aktionen: Bewusstseinsbildung, Workshops, Räume zum Scheitern etc.

MAX



Max,

17, hat die Schule geschwänzt, weil er Probleme mit Mathematik hat. Sein Wunsch, etwas mit Musik zu machen wird nicht ernstgenommen, sondern er wird von seiner Familie gedrängt, sich in die vorgegebenen Normen zu fügen, was er nicht wirklich will. Er trifft sich mit den FreundInnen im Park, wird mit ihnen von einer Passantin beschimpft und bekommt in der Folge Probleme mit der Polizei, was zu einem erneuten Konflikt mit der Familie führt.

Der Kampf um den inneren und äußeren Freiraum führt ihn auf einen gefährlichen Weg, der Jahre später dazu führt, dass er auf der Straße lebt und über den Verkauf von Drogen seinen Unterhalt bestreitet.

Diese Szenenfolge thematisiert ...

- Konflikte zwischen jungen Menschen und Erwachsenen über Ziele, Ausbildungs- und Berufswünsche und damit einhergehende Überforderungen
- Unzureichende Interventionen bei Schulverweigerung und drohendem Schulabbruch
- Konflikte im öffentlichen Raum zwischen jungen Menschen und anderen BenutzerInnengruppen, die von Vorurteilen und Abwertungen geprägt sind und die Kriminalisierung und Stigmatisierung zur Folge haben können
- dass junge Erwachsene oft ohne familiären Rückhalt ihr Leben meistern müssen
- dass junge Erwachsene in benachteiligten Lebenslagen, gerade wenn sie über 18 Jahre alt sind, aus vielen Unterstützungsleistungen herausfallen bzw. oft nicht über die ihnen zustehenden sozialen Dienste oder finanzielle Leistungen Bescheid wissen

THEMENBEREICH ELTERNHAUS

Unterstützung durch und für das Elternhaus

Ein unterstützendes und förderndes Elternhaus ist sehr wichtig: Eltern sollen mehr auf die Berufswünsche ihrer Kinder eingehen und eine offene Kommunikation ermöglichen.

Wie kann dieses hergestellt werden? Welche Unterstützungsangebote für Eltern können helfen: Leicht zugängliche, sozialpädagogische Unterstützung und Beratung für Eltern bzw. zur Vermittlung mit Jugendlichen in Konfliktsituationen. Es gibt zwar Familienberatungsstellen, aber zu wenig Information im Bedarfsfall. Diese könnte eventuell in Schulen, Jugendzentren oder im öffentlichen Raum aufliegen (Bushaltestellen?). Menschen sind oft einfach überfordert und dadurch kann es zur Eskalation kommen. Wenn das Jugendamt kommt, ist es eigentlich schon zu spät. JedeR muss alles selber schaffen, wenn was nicht funktioniert, wird man von anderen dafür verurteilt. Aufgrund von Scham werden dann Angebote nicht in Anspruch genommen (z.B. Elternkindberatungen). Diese falsche Scham müsste thematisiert und überwunden werden. Wichtig ist auch die Sensibilisierung der LehrerInnen, damit mögliche Symptome für familiäre Probleme der SchülerInnen früh erkannt werden.

Ausbildung und „Elternführerschein“ für Pflegeeltern

Zusätzlich braucht es gute Ausbildungen, Unterstützungsangebote aber auch Kontrolle für Pflegeeltern – es gibt viel Überforderung in allen möglichen Bereichen, Unterstützung ist möglich. Oft zeigt sich, dass viele denken, sie stünden mit Problemen alleine da und nicht wissen, dass es anderen ähnlich ergeht.

Im Pflegeelternbereich müssten die Kontrollen viel intensiver sein. Möglicherweise könnte es auch für Eltern etwas wie einen Elternführerschein geben, auch wenn das als Eingriff in die Privatsphäre aufgefasst werden kann. Hilfreich kann auch die Schaffung einer Austauschmöglichkeit für Pflegeeltern sein.

Weniger Computerspielen ...

stattdessen mehr gemeinsame Bezüge zur Natur schaffen. Dies müsste schon frühzeitig vorgelebt werden, denn bei Jugendlichen, die diesen Bezug nie hatten, ist es sicher schwer, sie für Betätigungen in der Natur zu begeistern.

THEMENBEREICH ÖFFENTLICHER RAUM

Der öffentliche Raum ist für alle da!

Junge Menschen brauchen Freiräume und Spielräume, in denen sich auch ohne permanente Kontrolle von Familie, Schule oder Chef entwickeln und entfalten können, in denen sie gemeinsam Erfahrungen machen und sich gegenüber der Welt der Erwachsenen hervorheben können.

Problemlösung statt Problemverschiebung und Kriminalisierung

Bei Konflikten im öffentlichen Raum sollte nicht gleich die Polizei gerufen werden, sondern sollten unbedingt StreetworkerInnen, SozialarbeiterInnen oder MentorInnen eingeschaltet werden, die vermittelnd und deeskalierend eingreifen können. Es macht keinen oder wenig Sinn, problematisch erlebte Gruppen im öffentlichen Raum von einem Platz zum anderen zu „verschieben“, anstatt sich – gemeinsam mit ihnen – die Frage zu stellen, was sie brauchen bzw. wie Probleme und Konflikte gelöst werden können.

Als problematisch wird die übertriebene Überwachung öffentlicher Räume durch Kameras empfunden („big brother“), die das Gefühl vermitteln, Abweichungen vom Normverhalten zu verhindern.

THEMENBEREICH SOZIALPOLITIK

Genügend leistbare Wohnungen und ausreichend kostenlose (Not) Schlafstellen

Gerade für junge Erwachsene in schwierigen, prekären Lebenslagen sind leistbare Wohnmöglichkeiten angesichts der Preise am Wohnungsmarkt eine existentielle Notwendigkeit. Selbst Gemeindewohnungen sind oftmals zu teuer.

Kontraproduktiv ist die Tatsache, dass Wohngemeinschaften keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe haben, da gerade Menschen, die wenig Einkommen haben, oftmals diese Wohnform wählen.

Vor allem im Winter sind zudem ausreichend (Not)Schlafstellen für Jugendliche in Notsituationen wichtig, sie sollen von SozialarbeiterInnen betreut werden, wofür auch Öffnungszeiten tagsüber notwendig wären. Dabei soll auch die Möglichkeit einer kostenlosen Impfung angeboten werden – aber nur, wenn es auf Freiwilligkeit basiert.

Einkommenssicherung für Jugendliche und junge Erwachsene

Die finanzielle Absicherung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist sehr wichtig, Jugendliche sollten sich nicht der Angst aussetzen müssen, auf einmal auf der Straße zu landen, egal ob sie sich gerade in Ausbildung befinden oder auf Lehrstellen- oder Jobsuche sind. Außerdem vergrößern finanzielle Schwierigkeiten den ökonomischen und psychischen Druck. Um dem entgegen zu wirken ist eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig, wie etwa der Zugang zur Mindestsicherung auch für Lehrlinge; Ausbildungsstipendien für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen, kein Wegfall der Familienbeihilfe bei Lehrstellensuche nach Beendigung der Schule etc.

(mehr dazu siehe unten)

Mehr Informationen für Jugendliche und rasche finanzielle Unterstützung in schwierigen Lebenslagen

Mehr Anlaufstellen wären notwendig, aber auch das Wissen darüber, wo man hingehen und fragen kann, wenn es um Existenzsicherung geht. Es sollte Anlaufstellen des Vertrauens geben (SozialarbeiterInnen, Familie, Behörden), es muss aber auch anonyme Beratungsmöglichkeiten geben.

Wichtig ist, dass für junge Menschen in akuten Notsituationen finanzielle Unterstützungen rasch und möglichst unbürokratisch gewährt werden.

Kein Abzug von geringfügigem Einkommen bei Bezug von Mindestsicherung und I-Pension mit Ausgleichszulage

... um Motivation und Anreize für die Aufnahme einer Tätigkeit zu schaffen. Sonst entsteht der Eindruck, dass Arbeit keinen Sinn hat und sich nicht lohnt.

Zugang zu medizinischer Versorgung

... für ALLE, d.h. Krankversicherung auch bei Verlust von Bezügen z.B. AMS, Mindestsicherung etc., aufrechterhalten.

Unterstützung durch die Jugendwohlfahrt auch bei über 18-jährigen

Wenn der Staat Obsorge für Jugendliche übernimmt, geht diese in der Regel nur bis 18 Jahre (Jugendwohlfahrt). Nur in begründeten Fällen dürfen Jugendliche bis 21 Jahre in einer Maßnahme bleiben. Aber nicht alle wissen mit 18 Jahren genau, was sie wollen und brauchen oft mehr Zeit und Unterstützung in dem Prozess, gerade auch dann, wenn sie eine schwierige Lebensgeschichte oder Lebenssituation belastet. Wichtig wären mehrere Chancen, etwas auszuprobieren, was auch die Motivation fördern würde.

Weitere Ideen:

- Förderung der mobilen Sozialarbeit
- Mehr Interesse der PolitikerInnen an Jugend
- Diese Aufführung ins Parlament bringen

BENNIE



BENNIE

Bennie,

14, musste seine alte Schule verlassen und steht vor dem Übertritt in eine neue Schule. Er muss von Beginn an mit Übergriffen seiner neuen MitschülerInnen und der strengen Lehrerin zu Recht kommen: Als er sich verbal zur Wehr setzt, landet er zuerst beim Schulpsychologen und in weiterer Folge bei einem Psychiater, von welchem er – gegen seinen Willen – Psychopharmaka verschrieben bekommt. Auffälligkeiten werden nicht auf ihre Ursachen hinterfragt und bearbeitet, sondern sollen mit Medikamenten möglichst ausgeschaltet werden. Auch Bennies Mutter, Alleinerzieherin und Schichtarbeiterin, weiß sich nicht anders zu helfen und steht ihm nicht wirklich zur Seite. Sie will, dass sich alles normalisiert, Bennie seine Medikamente nimmt und in der Schule „brav“ ist.

Die Jahre vergehen, Bennie hat nicht das Gefühl, dass die Medikamente helfen, der Psychiater konstatiert Depression, aggressive Schübe und autistische Züge und schlägt ihm – mangels anderer Therapiemöglichkeiten – eine vorübergehende Einweisung in die Psychiatrie vor, damit alles „wieder neu eingestellt“ wird.

Bennie kann sich nicht vorstellen, mit dieser psychiatrischen Diagnose und einem Aufenthalt in der Psychiatrie eine Chance am Arbeitsmarkt zu haben.

Die Szenenfolge thematisiert ...

- Mobbing, herabwürdigende, gewaltvolle und diskriminierende Erfahrungen in der Schule, die sich auf die Motivation und die Leistungen in der Schule negativ auswirken und auch zum Schulabbruch führen können
- dass bei sogenannter Verhaltensauffälligkeit oft zu schnell und in frühen Jahren Medikamente und Psychopharmaka verschrieben werden
- die mit psychiatrischen Diagnosen und Aufenthalten einhergehende Stigmatisierung und erhöhte Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden

THEMENBEREICH SCHULE UND AUSBILDUNG

Mehr Kreativität und Individualität im Schulsystem

Es ist ein großes Anliegen, dass sich Schulen und Ausbildungsinstitutionen an den Fähigkeiten und Möglichkeiten der Jugendlichen orientieren und bereits frühzeitig soziale Kompetenzen, Selbstbewusstsein- und Selbstreflexion vermitteln. Dies soll durch ein breitgefächertes Angebot geschehen und zwar nicht in Form von Projekten, sondern kontinuierlich von der Volksschule bis in die Ausbildungssituation. Dies trägt maßgeblich zur Gesundheitsförderung bei. Lernen ist mehr als der Kreislauf von (*auswendig*) *Lernen – Prüfung – Vergessen*. Wichtig ist, dass in Schulen vielfältig gelernt werden kann und auf unterschiedliche Lerntypen und Lebenswelten der SchülerInnen eingegangen wird. Fixe Klassenzimmer sollen durch „rollende Gruppen“ ersetzt werden. Personen mit Lernschwächen werden nicht in einer „Negativgruppe“ ausgesondert, sondern stellen eine der vielfältigen Gruppen dar. Das erfordert mehr und besser bzw. speziell geschultes Lehrpersonal, damit die verschiedenen Gruppen, nach ihren Bedürfnissen und Lernfähigkeiten individuell betreut werden können.

Wichtig erscheinen die individuelle Förderung in heterogenen Gruppen und ein Unterricht, der Lernprozesse aktiv gestaltet und auf Anforderungen des aktuellen Lebens Rücksicht nimmt. Bei Nachhilfeangeboten in der Schule sollte die Nachhilfe nicht vom unterrichtenden Lehrer/der unterrichtenden Lehrerin angeboten werden. Möglich sind auch Peergroups aus SchülerInnen.

Schule soll insgesamt nicht nur anpassungsfähiges Humankapital produzieren und der wirtschaftlichen Verwertung dienen: Das Leben ist nicht nur zum Arbeiten da, Arbeit ist wichtig, aber nicht alles. In erster Linie sind wir Menschen – das sollte auch den Kindern bereits vermittelt werden; es geht nicht nur darum, „wie wir uns selber gut verkaufen und verwerten lassen können“.

Gemeinsame Mittelschule von 6 bis 16 Jahren

Aktuell müssen Bildungs- und Berufsentscheidungen schon sehr früh getroffen werden, der frühe Entscheidungsdruck ist teilweise kontraproduktiv für die Kinder (guter vs. schlechter Stress). Eine gemeinsame Mittelschule bis 16 Jahre wäre eine Möglichkeit, da entgegen zu wirken. Kinder sollen Kinder sein dürfen, die Entscheidungsfindung der Kinder und Jugendlichen für ihren späteren Lebens- und Berufsweg wird durch eine gemeinsame Mittelschule unterstützt, vor allem dann, wenn der Berufsorientierung und dem Schnuppern in vielfältigen Berufsfeldern weit mehr Raum und Zeit als bisher gegeben wird.

Neue Berufe sollen in die „Alltäglichkeit“ des Schule einfließen, in Schulbüchern, Rechenbeispiele usw. Besuch von Berufsmessen und Möglichkeiten und Aufstiegschancen der verschiedenen Berufe sollen genauer besprochen werden, InnungsmeisterInnen eingeladen werden.

Vertrauenspersonen und Ausbau der Schulsozialarbeit

Für SchülerInnen mit problematischen und belastenden Erfahrungen wie Mobbing, Gewalt, Konflikte mit LehrerInnen und SchülerInnen etc. soll es Personen geben, an die sich vertrauensvoll wenden können. VertrauenslehrerInnen sollten aber nicht die unterrichtenden LehrerInnen sein. Wichtig ist, dass es einen geschützten Raum für die Inanspruchnahme von Gesprächen mit VertrauenslehrerInnen, MentorInnen, SozialarbeiterInnen gibt. Beratungszeiten sollten außerhalb der Schulzeit, oder überhaupt an einem anderen Ort angeboten werden, um die Anonymität zu gewährleisten. Außerdem müssten die Gespräche vertraulich behandelt werden – Verschwiegenheitspflicht, diese muss auch Lehrer untereinander betreffen. Die Beratung soll die Menschen in ihrer Selbstständigkeit unterstützen. Dazu ist es notwendig, dass diese VertrauenslehrerInnen auch geschult sind und wissen, wohin sie sich um Rat und Hilfe wenden können.

In diesem Zusammenhang wird der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit vorgeschlagen, die SchülerInnen in Problemlagen oder prekären Situationen dabei unterstützen kann, in Kontakt mit Beratungseinrichtungen und sozialen Diensten zu kommen, die zur Problemlösung und Bewältigung von existentiellen Krisen beitragen können, die ihnen aber auch neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung aufzeigen kann. Es ist wichtig, dass die Unterstützungs- und Beratungsangebote auch anonym und vertraulich sind.

Die Informationen über Angebote für Jugendliche müssten in Schulen und Betrieben vorhanden sein und für die Jugendlichen zugänglich gemacht werden. Eine Möglichkeit wäre, dass verschiedene Einrichtungen ihre Angebote im Rahmen des Unterrichts vorstellen und Infolyer an alle SchülerInnen ausgeteilt werden, dadurch bleibt Anonymität gewährleistet. Auch Jugendzentren mit ihrem reichhaltigen Angebot von Gesprächsmöglichkeiten über Freizeitgestaltung sollen in der Schule vorgestellt werden.

Auffangen von SchulabbrecherInnen: Hilfe statt Strafe

SchulabbrecherInnen zu strafen macht wenig Sinn, viel wichtiger ist es, im Vorfeld aktiv zu werden und nach Lösungen zu suchen. Dabei braucht es die Unterstützung und Zusammenarbeit von LehrerInnen, Vertrauenspersonen und Schulsozialarbeit sowie das frühe Einbeziehen der Betroffenen. Das Hilfsangebot muss durch Diskurs aufgewertet werden, damit es nicht als Strafe auch für die Eltern durch Versagen ihrer Erziehungstätigkeit, sondern als Unterstützung gesehen wird. Damit müssen zum Teil auch neue Bezeichnungen des Hilfsangebots einhergehen, aus dem/r „ErziehungshelferIn“ (der möglicherweise eine Unfähigkeit der Eltern impliziert) kann z.B. ein Lern- oder Schul-Coach oder dgl. werden.

Selbsthilfegruppen (peergroups) und Anti-Gewalt/Mobbing-Trainings und Workshops an Schulen

Viele Kinder und Jugendlichen leiden unter Gewalt-, Ausgrenzungs- und Mobbing-erfahrungen in der Schule, die nicht nur als belastend und traumatisch erlebt werden können, sondern die Ursache von Schulabbruch und geringer Motivation an weiteren Ausbildungen und Beruf darstellen können. Daher braucht es „Anti-Mobbing“ und „Anti-Gewalt Workshops und Trainings“ an Schulen, aber auch Workshops und Trainings zu Gruppenzwang und Gruppendruck. Es braucht Räume für Jugendliche, in denen sie sich entwickeln und entfalten können und die Möglichkeit haben, ihr Selbstbewusstsein aufzubauen und zu stärken. Auch hier kann Schulsozialarbeit („schoolwork“ in Anlehnung an Streetwork) ein wichtiges Element darstellen.

Inklusion ALLER Jugendlichen

Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft, in der Normierung und Anpassungsdruck zugunsten der Anerkennung von Vielfalt aufgegeben werden, braucht es vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung dieser Vielfalt, und zwar mit Blick auf individuelle Bedürfnisse UND auf die Stärkung des Gemeinwohls.

So kann z.B. zusätzlicher Deutschunterricht für Leute mit wenig Deutschkenntnissen, oder eine spezielle Förderung von Menschen mit Behinderung(en) notwendig sein; diese darf jedoch nicht in Form von Bildung von „Negativgruppen“ passieren (Stichwort: Sonderschulstatus), wodurch die Tendenz zu Mobbing und Exklusion stark steigt.

Vielmehr muss nach Wegen gesucht werden, wie junge Menschen mit unterschiedlichen Talenten und Einschränkungen einander unterstützen und dabei auch solidarisches Verhalten lernen können, es geht also auch um die Beiträge von sogenannten „Nicht-Behinderten“, von MehrheitsösterreicherInnen usw.

Bessere pädagogische Schulung für LehrerInnen sowie bessere Unterstützung für „schwierige“ Fälle und Situationen

Der Wunsch nach einer Verbesserung der Ausbildung von LehrerInnen betrifft besonders deren soziale und pädagogische Fähigkeiten. Die Motivation für den Beruf und nicht (allein) gute Noten während der Ausbildung sollen ausschlaggebend sein. LehrerInnen sollen Kinder und Jugendliche und ihren Beruf wirklich gerne haben. Wie auch für das Elternhaus sollte es auch für LehrerInnen Unterstützungsmöglichkeiten geben, z.B. durch Schulsozialarbeit, aber auch durch Reflexionsrunden, Supervision und dgl. Für interne Schulprobleme und Beschwerden soll eine Art externe/r Schülerombudsman/frau zur Verfügung stehen.

Es braucht neue Initiativen und Methoden im Bereich der Evaluation des Schulunterrichts, die zu beitragen, dass alle aus vorhandenen Stärken und Schwächen, aus Erfolgen und Fehlern lernen können. Zudem soll es in der Folge auch Möglichkeiten der beruflichen Neuorientierung bzw. von vorneherein breitere Berufsmöglichkeiten für LehrerInnen geben, damit diese leichter aus dem Schuldienst aussteigen können, wenn sie nicht mehr als LehrerInnen arbeiten wollen oder können.

Ganztagsschule mit hoher pädagogischer Qualität und kreativen Freiräumen

Die Einführung von Ganztagsschulen macht dann Sinn, wenn damit genügend individuelle Freiräume für Kinder und Jugendliche sowie Grünräume verbunden sind. Sie soll nicht dazu dienen, den Arbeitsmarkt zu unterstützen, sondern die Kinder zu fördern. Die Schule kann so als ein Ort für verschiedenste abwechslungsreiche Möglichkeiten nutzbar gemacht werden. Es wäre Zeit für kontinuierliche Kreativ- und Selbsterfahrungskurse, Lerngruppen usw. (siehe oben) Wichtig wäre es daher auch, die Reproduktionsarbeit auch finanziell abzusichern (siehe oben), Betreuung für Kinder und Jugendliche sollte kostenlos zugänglich sein.

Weitere Ideen:

- Freier Zugang zur Bildung
- Frühförderung forcieren
- Nicht jeder muss die Matura haben – Beratungsstellen zum Thema Ausbildung und Beruf

THEMENBEREICH *PSYCHOPHARMAKA, SUCHT UND GESUNDHEIT*

Nicht gleich beim kleinsten Problem Pillen verschreiben – Aufzeigen von alternativen Möglichkeiten

Vor dem Verschreiben von Psychopharmaka sollen andere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden und den Problemen möglichst – unter Einbeziehung der Betroffenen – auf den Grund gegangen werden.

Frühzeitige Aufklärung in der Schule über Drogen, Suchtmittel, Psychopharmaka (deren Wirkungen) und Pharmaindustrie – auch für Eltern.

Psychopharmaka für Kinder verbieten

Es gibt Erfahrungen, dass in gewissen Situationen schon 3-jährige Kinder Ritalin bekommen. Wichtiger wäre es auch hier, den Problemen auf den Grund gehen, diese zu bearbeiten und nicht mit Tabletten Symptome bekämpfen

Kürzere Wartezeiten für (Psycho-)Therapieplätze, die von der Kassa bezahlt werden

Das bedeutet ein größeres Kontingent an PsychotherapeutInnen mit entsprechenden Kassenverträgen und gleichzeitig eine größere Vielfalt im Angebot.

Aufenthalte in der Psychiatrie sowie psychiatrische Diagnosen dürfen nicht stigmatisierend sein

... dafür sollte sich niemand schämen müssen!

BELLA



Bella,

in Kürze 18 Jahre alt, ist schon seit längerer Zeit erfolglos auf Lehrstellensuche und bekommt den Druck ihres Umfelds zu spüren, doch endlich etwas zu finden, mit 18 Jahren müsse sie schließlich auf ihren eigenen Beinen stehen. Ihre erste Lehre zu ihrem Wunschberuf Friseurin musste sie aufgrund allergischer Reaktionen auf die verwendeten Chemikalien abbrechen, seit dem ist sie noch nicht auf etwas Passendes gestoßen.

Sie wird vom AMS-Berater, der ihr sagt: „Mit 18 Jahren müssen Sie schon wissen, was Sie wollen!“ in eine Kursmaßnahme aufgebucht, die der beruflichen Orientierung dienen soll. In der Kursmaßnahme wird kaum auf die individuellen Bedürfnisse der KursteilnehmerInnen eingegangen, vielmehr werden die Jugendlichen mit starren Regeln und Druck konfrontiert. Bella wird in ein Praktikum für eine Lehrstelle in einer Küche vermittelt. Der Alltag dort wird, trotz ihres Bemühens um die Lehrstelle, zur Hölle – sie wird schließlich hinausgeworfen.

Die Szenenfolge thematisiert ...

- den Druck des Umfeldes, der Gesellschaft und des AMS auf junge Menschen, die nicht wissen, was sie beruflich tun wollen bzw. die Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle zu finden
- Vorgaben, oftmals starre Regeln und Sanktionsmechanismen in Kursmaßnahmen und Beratungssituationen, denen jungen Menschen sich oft nicht gewachsen sind
- die in manchen Branchen oft widrigen Bedingungen für PraktikantInnen und Lehrlinge: fehlende Unterstützung, schlechtes Arbeitsklima, herabwürdigende Verhaltensweisen bis hin zu Ausbeutung können zu traumatischen Erfahrungen und zum Abbruch einer Lehre führen

THEMENBEREICH AMS: BERATUNG, KURSE UND PRAKTIKA

Individuelles Jobcoaching, Sinn stiftende Kurse und Projekte anbieten, die das Selbstbewusstsein stärken

Beratungen und Kurse sollen so gestaltet sein, dass TrainerInnen/Coaches flexibel auf die AdressatInnen und deren Bedürfnisse eingehen können; sie sollten möglichst über spezifisches Wissen zu den jeweiligen Berufen verfügen, eine psychologisch-pädagogische Grundausbildung haben und psychisch belastbar sein. Bei Kursen und Projekten ist wichtig, dass die TeilnehmerInnen selber einen Sinn erkennen können. Wichtig ist insbesondere, dass es Wahlmöglichkeiten und alternative Angebote gibt, auch sollten die TeilnehmerInnen entscheiden können, ob sie lieber in einen Kurs in einer Gruppe besuchen oder Einzelgespräche in Anspruch nehmen. Oft geht es darum, einen Anstoß zu geben, damit sich etwas ändert, damit etwas besser werden kann.

Sehr wichtig sind die individuelle Begleitung und Beratung während der Kurse und Praktika durch Externe.

Schulung für BeraterInnen: AnsprechpartnerInnen auf Augenhöhe

Es besteht der Wunsch nach Beratungen auf Augenhöhe, es werden AnsprechpartnerInnen benötigt, welche sensibel und wertschätzend auf die Jugendlichen, ihre Lebenswirklichkeit, Fähigkeiten und Bedürfnisse eingehen und die nur rechtlich wirklich abgesicherte Auskünfte geben. Aufgrund von Erfahrungen bei Beratungen und Kursen wird die psychologische und pädagogische Schulungen für die BeraterInnen und TrainerInnen als notwendig gesehen, damit besser auf die AdressatInnen eingegangen werden kann und konstruktive Gespräche und Vereinbarungen entstehen. Aber auch die BeraterInnen und TrainerInnen stehen vielfach unter Zeit-, Erfolgs- und Vermittlungsdruck, haben oftmals nicht die passende Ausbildung und oft wenig Gehalt – hier besteht oft Veränderungs- und Verbesserungsbedarf. Ressourcen und Unterstützung für das Personal in Beratung, Betreuung und Vermittlung, sind wichtig, diese agieren nicht aus ‚Boshaftigkeit‘, oft geht es um fehlende Ressourcen dahinter.

Nach passenden Lösungen suchen, auch wenn das mehr Zeit braucht

Es ist wichtig, den Jugendlichen auch Zeit und Raum für ihre Entwicklung und Entscheidungsfindung zu geben und nicht über sie „drüberzufahren“ und den Druck zu erhöhen. Den Menschen ihre individuelle Zeit lassen, sie brauchen oft unterschiedlich lange und wollen nicht als „Abfall“ der Gesellschaft gesehen werden, wenn sie etwas nicht schaffen.

Praktika als Erprobungsmöglichkeit und Lernräume anbieten

Praktikumsstellen sollen nicht der Ausbeutung dienen, sondern als Erprobungs- und Lernmöglichkeit gesehen werden. Dazu braucht es Ausbildungsbetriebe, die sich wirklich um Jugendliche bemühen (siehe unten).

Die Qualitätssicherung und -überprüfung von Betrieben die Praktika anbieten sollte durch Externe erfolgen. Es braucht eine gute Praktikumsbegleitung auch für die Betriebe und darin eine überbetriebliche Vernetzung.

Änderung der willkürlichen Altersgrenze bei DLU und Qualifizierungsbonus

Für Menschen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben und die in einer vom AMS unterstützten Maßnahme (Kurs, Projekt, Ausbildung, Praktikum) tätig sind, soll es den gleichen DLU und Qualifizierungsbonus geben.

Hintergrund: Die gesetzlich festgelegte Grenze berücksichtigt nicht die sozioökonomische Lebenswelt der BezieherInnen: Diese Altersgrenze legt fest wie hoch die DLU zu Beginn und während eines AMS-Kurses ist. Wird im Alter von 17 Jahren ein Kurs begonnen und diese Altersgrenze von 18 Jahren während des Kurses überschritten, kommt es zu keiner automatischen Erhöhung der DLU, was einer Ungleichbehandlung entspricht. Ähnlich dem DLU wird auch beim Qualifizierungsbonus diese Altersgrenze festgelegt, welche darüber entscheidet ob BezieherInnen einen Bonus während des Besuches eines AMS-Kurses bekommen.

Erfolgt der Einstieg in einen Kurs mit 17 Jahren und wird die Altersgrenze von 18 Jahren während des Kurses überschritten, kommt es auch hier zu keiner Auszahlung vom Qualifizierungsbonus. (Der Erhalt des Qualifizierungsbonus wird unter folgenden Voraussetzungen gewährt: Min. 18 Jahre: 0 – 3 Monate im Kurs: kein Bonus, 3 – 6 Monate im Kurs: 3,30€/Tag, Ab dem 6 Monat: 6,60€/Tag)

Keine Einstellung des AMS-Bezuges bei Abendschule oder bei einem berufsbegleitenden Studium

Wird dem AMS während des Bezuges einer Leistung mitgeteilt, dass es zu einer Verbesserung des kulturellen Kapitals kommt durch den Besuch einer Abendschule, der Studienberechtigungsprüfung oder eines Studiums, erfolgt die Einstellung der Bezüge. Die Begründung seitens des AMS wird durch die nicht uneingeschränkte Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt argumentiert.

Hierbei stellt sich die Frage der Wahlfreiheit im Erlangen von höheren Bildungsabschlüssen. Denn wenn Arbeit und Weiterbildung miteinander vereinbar sind, erfolgt hierdurch eine Bildungsdiskriminierung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Weiterbildung sollte durch das AMS anders betrachtet und nicht ohne die Berücksichtigung der jeweiligen Lebenswirklichkeit der BezieherInnen beurteilt werden. Scheinbar entsteht hier eine Situation, welche der von ‚Zwangsarbeit‘ gleich kommt, da es nur zu einer Vermittlung von Vollzeittätigkeiten kommt, auch wenn der Lebensentwurf der BezieherInnen eine Teilzeitbeschäftigung vorsieht. Eine Höherqualifizierung der BezieherInnen wird nicht unterstützt.

Mehr Kompetenz und Kenntnis rechtlicher Grundlagen im Umgang mit MigrantInnen

Die Beratung und Vermittlung von MigrantInnen erfordert vom AMS viel Sach- und Rechtskenntnis: Dabei muss u.a. der oft fehlenden Kompetenz bzw. Kenntnis wichtiger rechtlicher Grundlagen im Umgang mit MigrantInnen, die einen Daueraufenthaltstitel besitzen, entgegengewirkt werden: Der Daueraufenthaltstitel muss im Abstand von fünf Jahre rein formell erneuert werden. Bei Ablauf des Aufenthaltstitels gibt es eine Bezugsunterbrechung, der Aufenthaltstitel kann nicht im Vorhinein ausgestellt werden sondern wird immer nur fristgerecht ausgehändigt, er wird jedoch für die weitere, d.h. durchgehende Auszahlung der AMS-Bezüge benötigt: hier entsteht Verunsicherung und Druck seitens des AMS gegenüber den BezieherInnen, da für den Aufenthaltstitel ein Einkommensnachweis benötigt wird. Da mangelnde Sprachkenntnisse ein Hindernis darstellen können, sollten bei Beratungsgesprächen DolmetscherInnen hinzugezogen werden bzw. sollten die Sprach- und interkulturellen Kompetenzen des AMS ausgebaut werden.

Arbeitsmarktpolitik: Wirksame Strategien

Der Staat hat den Auftrag Strategien gegen Beschäftigungslosigkeit zu entwickeln und diese umzusetzen. Dazu zählt die Entwicklung und Förderung eines „erweiterten Arbeitsmarkts“, der besser Chancen und hochwertige Arbeitsangebote für Menschen mit unterschiedlicher Erwerbsfähigkeit bietet.

THEMENBEREICH LEHRE

Mehr Bereitschaft in der Wirtschaft und in öffentlichen Einrichtungen Jugendliche auszubilden

Die Bereitschaft der Wirtschaft und öffentlicher Körperschaften, junge Menschen auszubilden muss wieder zunehmen, es braucht mehr Jobs und Ausbildungsplätze für junge Menschen und eine bessere Vernetzung von Ausbildung und Unternehmen. Den gesellschaftlichen Wert der Lehre hervorheben und das Image verbessern.

Lehrlingsfreundliche Betriebe und Einrichtungen

Es braucht Ausbildungsbetriebe – und Einrichtungen, die sich wirklich um Jugendliche bemühen – Kontrolle und Unterstützung sind wichtig. Früher wurde eine Lehre, ein Praktikum als Lernmöglichkeit gesehen, heute geht es nur mehr darum, dass alles funktionieren muss. Wenn etwas nicht funktioniert, ist es oft schon wieder vorbei. Wichtig ist, dass die Betriebe, die ein unterstützendes, freundliches Klima für PraktikantInnen und Lehrlinge bieten, mehr gefördert werden, denn: schlechtes Klima, Herabwürdigungen, Anschreien etc. hemmen die Motivation. MitarbeiterInnen sollen sich wertgeschätzt fühlen, ein Mittel dazu kann eine morgendliche „Wie geht’s Dir Runde?“ darstellen; Gerade die Lehrlinge sollen dabei auch gehört und angesprochen werden.

Bessere Ausbildung für Lehrherren und -frauen sowie AusbilderInnen

Es braucht gut ausgebildete und kompetente Lehrherren und -frauen sowie AusbilderInnen, gerade auch was die sozialen und pädagogischen Kompetenzen betrifft, die von der Innung bzw. von der Wirtschaftskammer bei der Meisterprüfung eingefordert werden sollen. Wichtig wären auch Kurse für AusbilderInnen, um festzustellen, ob sie überhaupt geeignet sind.

Vertrauensleute und MentorInnen in Betrieben

Geschulte und engagierte MentorInnen und Vertrauensleute können Lehrlinge oder PraktikantInnen unterstützen, sich im jeweiligen Betrieb zu Recht zu finden und beim auftretenden Problemen und Konflikten zu unterstützen.

Weitere Ideen:

- Lehrlingsalter hinaufsetzen bzw. die Altersspanne, in der eine Lehre möglich ist vergrößern.
- Rollenstereotype aufheben und Berufsfelder in ihrer Berufsvielfalt präsentieren.

THEMENBEREICH BEKÄMPFUNG DER ARMUT BEI LEHRLINGEN

Ausbildungsstipendien für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien

Bestehende Förderungen decken oft nicht den finanziellen Bedarf einkommensschwacher Jugendlicher. Wir schlagen daher spezielle Ausbildungsförderungen in Form von Stipendien für Jugendliche von 14 – 19 Jahren aus einkommensschwachen Familien vor, sowie für Jugendliche in Ausbildung, die weder in ihrer Familie noch im Rahmen einer Jugendwohlfahrtsmaßnahme versorgt sind, sondern in einem eigenen Haushalt leben (müssen). In diesem Zusammenhang ist es außerdem wesentlich, dass die Familienbeihilfe für arbeitssuchende Jugendliche nicht gestrichen wird!

Keine Streichung der Familienbeihilfe bei Lehrstellensuchenden

Lehrstellensuchende Schulabgänger bekommen bis zu Antritt einer Lehre keine finanziellen Zuwendungen. Familienbeihilfe (oder auch Halbwaisenrente) werden gestrichen, auch wenn sich der/die SchulabgängerIn intensiv um eine Lehrstelle bemüht. Das erzeugt Druck sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den versorgenden Eltern, zumal diese Zeit sich bis zu einem Jahr und länger erstrecken kann. Deshalb sollen obengenannte Hilfen bzw. finanzielle Zuweisungen bei Nachweis der Lehrstellensuche weiter gewährt werden.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung auch für Lehrlinge

Wenn ein Mensch in einer Lehrlingsausbildung ist, hat er auch dann keinen Anspruch auf Mindestsicherung, wenn er über 18 Jahre alt ist: das stellt eine Armutsfalle dar und hindert damit junge Menschen, die sich aufgrund schwieriger Ausgangslagen erst später für eine Lehre entscheiden, diese wirklich zu realisieren und damit die Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Außerdem soll es keinen Abzug von geringfügigem Einkommen bei Bezug von Mindestsicherung und I-Pension mit Ausgleichszulage geben, um Motivation und Anreize für die Aufnahme einer Tätigkeit zu schaffen. Sonst entsteht der Eindruck, dass Arbeit keinen Sinn hat und sich nicht lohnt.

Zugang zu medizinischer Versorgung für ALLE

d.h. Krankversicherung auch bei Verlust von Bezügen z.B. AMS, Mindestsicherung etc., aufrechterhalten

Fonds zu Unterstützung der Lehrlingsausbildung

Für einkommensschwache Familien ist der Besuch der Berufsschule eines Kindes eine zusätzliche finanzielle Belastung. Die Tatsache, dass manche Betriebe die Kosten für den Schul- bzw. Internatsbesuch übernehmen, andere hingegen nicht oder nur teilweise, schafft wiederum soziale Differenzen und finanzielle Hürden. Um diese zu überwinden, könnte ein Ausgleichsfonds für Klein- und Mittelbetriebe eingerichtet werden, damit diese die Lehrlingsausbildung besser unterstützen können und den Aufwand für den Schul- bzw. Internatsbesuch abgelten können. Dringend empfohlen wird eine Mindestlehrlingsentschädigung von 500.- €.

Weitere Ideen:

- Einen erweiterten Arbeitsmarkt mit mehr Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit schaffen
- Gehaltsschere zwischen Berufsgruppen und Geschlechtern schließen.

STOPP: JETZT REDEN WIR!

Ein Legislatives Theaterprojekt mit jungen Erwachsenen
im Rahmen des EU-Social-Experimentation-Projekts „ALEN“



STOPP: JETZT REDEN WIR!

Ein Legitives Theaterprojekt mit jungen Erwachsenen
im Rahmen des EU-Social-Experimentation-Projekts „ALEN“

INTERACT



Projektträger in Österreich: InterACT – Werkstatt für Theater und Soziokultur, Graz / Die Armutskonferenz, Wien
Transnationale Projektpartner in: Kroatien, Serbien, Ungarn



bmask.gv.at

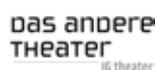
Das Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der EU Kommission/GD Beschäftigung, Soziales und Integration und des BMASK realisiert.

Die Arbeit von InterACT wird unterstützt von:

bm:uk ■ kultur steiermark



GRAZ



ALEN: Adult Life Entry Network: Empowerment and Activation of Young People in Disadvantaged Situations
With support of the European Union / The sole responsibility for the content of this document lies with the authors.
The European Commission is not responsible for any use that may be made of the information contained therein.